

Vielfach fehlt Mut und Vertrauen

Wie Sachsen-Anhalts Umwelt- und Energieminister Armin Willingmann seinen Harz-er Heimat-Landkreis bei der Energiewende sieht.

LANDKREIS HARZ/MG. Sachsen-Anhalts Umwelt- und Energieminister Armin Willingmann (SPD) macht sich für den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik stark. Wo der Harz bei der Energiewende steht, wie er die Akzeptanz für Windparks und Solaranlagen steigern will und die Region besser auf Dürren und Hochwasser vorbereiten will, verrät der Wahl-Wernigeröder im Sommerinterview mit Reporter Holger Manigk.

Wo steht der Harz im Vergleich zum Rest Sachsen-Anhalts beim Ausbau erneuerbarer Energien?
Armin Willingmann: Der Landkreis liegt im Mittelfeld bei Photovoltaik und Biogas. Bei der Windkraft rangiert er auf Platz elf unter den 14 Landkreisen und kreisfreien Städten – das ist vor allem der Topografie und der besonderen Rolle als Tourismusregion geschuldet.

So muss der Harz bis 2032 nur 1,6 Prozent seiner Fläche für Windkraft-Anlagen ausweisen. Die anderen Planungsregionen gleichen das mit einem leicht größeren Anteil von 2,3 Prozent aus.

Trotzdem gibt es rund um Halberstadt, Wernigerode und Quedlinburg gefühlt viel Gegenwind für Windkraft- und Photovoltaik-Projekte – mit verschiedensten Argumenten von Naturschutz bis zur Angst vor gesundheitlichen Folgen.

Seit mehr als zehn Jahren wird in Deutschland untersucht, wie hoch die Akzeptanz für erneuerbare Energien ist. Dazu gibt es auch Langzeitstudien. Bundesweit liegt die Zustimmung aktuell zwischen 75 und 82 Prozent. Der Ländrich, dass eine große Gegnerschaft besteht, ist meines Erachtens falsch. Richtig ist: Kleine Initiativen machen sich häufig sehr lautstark bemerkbar.

Dabei findet die breite Masse den Ausstieg aus der Verbrennung von Gas und Kohle richtig. Viele können sich noch erinnern, wie es in auch unserem Bundesland aussah, als in großem Stil Kohle zu Heizzwecken oder für die Energiegewinnung verbrannt wurde. Diese schweigende Mehrheit demonstriert aber nicht für erneuerbare Energien.

„Einordnen: Windkraft-Gegner sind eine Minderheit.“

Was heißt das für Sie?

Als Politiker muss man das einordnen: Windkraft-Gegner sind eine Minderheit. Dennoch nehme ich selbstverständlich kritische Stimmen wahr, diskutiere auch immer wieder mit Kritikern der Energiewende – wir können dieses Generationenprojekt nicht gegen die Menschen durchsetzen. Zugleich stehen wir jetzt in der Verantwortung, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz nicht nur für uns, sondern auch für die nächsten Generationen im Blick zu haben.

Was entgegenen Sie denen dann?

Auch ich muss erkennen, dass man manche kaum noch erreichen kann. Nahezu immer kommt dabei das Argument, dass Gefahren für die Gesundheit drohen – sei es durch Infraschall, Veränderungen des Mikroklimas oder durch Mikroplastik. Das sind alles Aspekte, die erforscht wurden und werden. Wir haben inzwischen mehr als 25 Jahre Erfahrung mit Windrädern und können beispielsweise bei den drei genannten Aspekten kein nennenswertes Risiko erkennen.

Ja, jeder Rotor, jedes bewegliche Rad gibt Mikroplastik ab – erbittert



Im Windpark Druiberg bei Dardesheim hat das Repowering mit der Sprengung alter Anlagen begonnen: Sie werden durch neue, leistungsstärkere Windräder ersetzt.

FOTO: MATTHIAS BENN/PICTURE ALLIANCE/DPA

te Windkraft-Gegner, die immer wieder auf diese Belastung hinweisen, scheint es kurioserweise nicht zu stören, dass wir viel mehr Mikroplastik durch den Autoverkehr freisetzen. Sie sehen: Manche Einwände sind an den Haaren herbeigezogen.

Wie reagieren Sie auf solche Behauptungen?

Ich diskutiere und überzeuge sehr gerne. Aber irgendwann ist auch für mich das Ende der Diskussion erreicht: Wer sich anderen Argumenten nicht öffnet und in seiner Meinung festgenagelt ist, den kann ich nicht überzeugen.

Da will ich lieber jene erreichen, die noch offen sind, beispielsweise auch für die Fragen: Wie sichern wir denn sonst unsere Energieversorgung? Welche Alternative gibt es zur Energiewende? Die müssen wir uns als drittgrößte Industriena-tion der Welt stellen. Erneuerbare Energien verschaffen uns eine Form von Unabhängigkeit, die wir bisher nur sehr eingeschränkt hatten – wie im Sommer 2022 nach dem russischen Überfall auf die Ukraine und dem Ende der Gaslieferungen aus Russland deutlich zu sehen war.

„Eigentlich hätte so ein Gesetz schon vor 20 Jahren geholfen.“

Wenn Sie so konsequent für die Energiewende kämpfen: Wie stehen Sie zu Solaranlagen auf Dächern in historischen Altstädten? Darüber wird etwa in Wernigerode immer wieder gestritten.

Ich mache kein Hehl daraus: Wir brauchen einen sachgerech-



Armin Willingmann, Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt in Sachsen-Anhalt, sieht im Landkreis Harz ein Vorzeigeprojekt für die Akzeptanz von Windparks.

FOTO: PETER GERCKE/DPA-ZENTRALBILD/DPA

ten Umgang mit Photovoltaik im Bereich von Denkmälern, auch in den vielfältigen Altsiedlungsanlagen. Die stammen aus einer Zeit, als man in erster Linie an das Stadtbild dachte. Ich habe Verständnis dafür, dass man den Magdeburger Dom oder das Schloss Wernigerode von Photovoltaik-Panee-len freihalten möchte.

Das hört aber auf, wenn man Innenstadtbewohner ausnahmslos von der Nutzung erneuerbarer Energien in ihren Häusern oder Wohnungen ausschließt. Wir haben in der Landesregierung dazu das strikte Photovoltaik-Verbot in Denkmalschutz-Gebieten gelockert.

Nach der Sommerpause wollen Sie Ihre Akzeptanz- und Betei-

zu kommen: Gemeinden, die Windparks und große PV-Flächen gestatten, müssen am wirtschaftli-

„So ein Positiv-Beispiel gibt es – leider – nicht noch einmal.“

chen Ertrag beteiligt werden. Das Gesetz ist sehr einfach gehalten: 0,3 Cent pro Kilowattstunde erhält die Kommune – macht pro Windrad grob gerechnet 30.000 Euro im Jahr. Dieses Geld wird nicht berücksichtigt bei Landeszuweisungen, Kreisumlagen – und für kleinere Gemeinden – bei der Verbandsumlage. Es steht zur freien Verfügung der Stadträte über die Verwendung.

Kaufen Sie damit nicht die Bürger?

Nein, wir führen einen fairen Ausgleich dafür ein, dass die Gemeinden mit Windparks in ihrem Gebiet eine Last für die Allgemeinheit tragen. Davon sollen sie etwas haben.

Ähnlich funktioniert auch der Windpark Druiberg. Wollen Sie diese Erfolgsgeschichte kopieren?

So ein Positiv-Beispiel wie in Dardesheim gibt es in Sachsen-Anhalt – leider – nicht noch einmal. Am Druiberg wird seit 20 Jahren ein Modell praktiziert, das ideal ist für die Akzeptanz von Windkraft: Von Anfang an wurden drei Orten mit ihren Bürgern einbezogen, die profitieren – wirtschaftlich über Zahlungen an die Kommunen und Beteiligungsmöglichkeiten über günstige Stromtarife.

Diese Bürgergenossenschaft, bei der ich Geld einlege und dafür

mitbestimmen kann, funktioniert in Dardesheim richtig gut! Nach unserem Gesetz ist sie aber nur eines von vielen Modellen, das in Ostdeutschland vielfach Mut oder Vertrauen in solche Beteiligungen fehlt. Mit unserem Gesetz wollen wir sicherstellen, dass die Menschen einen Ertrag erhalten – sei es für die Sanierung der Kita oder des Sportplatzes.

Im Herbst soll ebenfalls Ihr Gesetz zur Verbesserung des Wasser-managements verabschiedet werden. Sie sprechen dabei von einem Paradigmenwechsel. Welche Auswirkungen hat das an Selke und Holtemme?

Bislang stand im Mittelpunkt, dass Wasser möglichst schnell abgeleitet wird. Wir wollen hin zum Rückhalt – und damit auf den Kli-

„Wir brauchen auch Stauanlagen und Becken als Vorsorge.“

mawandel reagieren, der uns Trockenperioden und heftige Regenfälle wie vor Kurzem in Osterwieck in immer kürzerem Wechsel beschert. Das heißt, wir brauchen nicht nur neue Abflüsse, sondern auch Stauanlagen und Becken als Vorsorge für Dürren. Was konkret an Harzer Flüssen gebaut oder verändert wird, entscheiden am Ende die Kommunen.

Welche Unterstützung können Sie den Gemeinden beim Hochwasserschutz anbieten?

In unserem Förderprogramm „Klima III“ haben wir für die rund 30 Millionen von der Europäischen Union zur Verfügung. Anträge können gestellt werden.